



Stadt Jena • Postfach 10 03 38 • 07703 Jena

Med-Club Jena e.V.

Ansprechpartnerin: Frau Günzel
Bereich: Fachdienst Kommunale Ordnung
Besucheradresse: Am Anger 28Zimmer: 01.01_27
Telefon: 03641 49-2543
Telefax: 03641 49-2533
E-Mail: ordnung@jena.de
Internet: www.jena.deIhr Schreiben / Zeichen: v. 09.05.2023
Unser Schreiben / Zeichen: 2/32/0-28304882-fd-ko-gü

Datum: 23.05.2023

Vollzug des Thüringer Gesetzes über die Aufgaben und Befugnisse der Ordnungsbehörden (Ordnungsbehördengesetz -OBG-) in der derzeit gültigen Fassung

Die Stadtverwaltung Jena erlässt folgenden Auflagenbescheid:

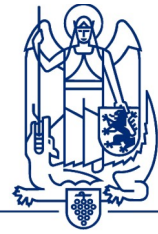
Thema: Öffentliche Vereinsveranstaltung mit Straßenkonzert
Datum: 03.06.2023
Uhrzeit: 17:00 – 22:00 Uhr
Veranstaltungsort: Johannisplatz 20

Anlässlich der für den 03.06.2023 angezeigten Veranstaltung ergehen folgende Auflagen:

1. Immissionsschutz

Die vorgesehene Veranstaltung wird als seltenes Schallereignis gemäß Pkt. 6.3 und 7.2 der TA Lärm eingestuft. Gemäß § 22 Bundes-Immissionsschutzgesetz (BImSchG) und Technischer Anleitung zum Schutz gegen Lärm (TA Lärm) sind folgende Auflagen einzuhalten:

- Während der Veranstaltung ist die Einhaltung des zulässigen Immissionsrichtwertes von tags 70 dB(A) für seltene Schallereignisse an den betroffenen schutzwürdigen Räumen in der Nachbarschaft durch den Veranstalter durch wirksame Maßnahmen sicherzustellen.
- Einzelne kurzzeitige Geräuschspitzen dürfen diesen Wert am Tag um nicht mehr als 20 dB(A) überschreiten.
- Die Beschallungstechnik ist so auszurichten und auszuwählen, dass die Belastung der Nachbarschaft minimiert wird. Insbesondere ist auf eine Reduzierung der abgestrahlten tiefen Frequenzanteile hinzuwirken (z.B. durch kardioide Aufstellung der Basslautsprecher als Array oder Minimierung einzelner nicht relevanter Terzen).
- Zum Schutz der benachbarten schutzbedürftigen Bebauung ist in die Musikanlage ein Pegelbegrenzer zu integrieren. Dieser ist vor der Veranstaltung von einer Fachfirma justieren zu lassen. Die Fachfirma hat die Einstellung der Musikanlage schriftlich zu bestätigen.
- Die Limitierung der Lautstärke ist so vorzunehmen, dass vor den maßgeblichen benachbarten Wohngebäuden die vorgenannten Immissionsrichtwerte für seltene Schallereignisse eingehalten werden.
- Gegebenenfalls sind Messungen mit einem Schallpegelmessgerät an den betroffenen schutzwürdigen Räumen in der Nachbarschaft durchzuführen. Dabei ist zu beachten, dass bei



sehr basslastiger Musik 5 dB(A) zum Messwert addiert werden müssen und zusätzlich noch einmal 3 dB(A), wenn die Titel oder Texte der Musik am Immissionsort erkannt werden können. Der aus dieser Addition resultierende Wert darf den o.g. Immissionswert nicht überschreiten.

- Spätestens eine Woche vor der Veranstaltung sind die Anwohner/Anlieger im Umfeld des Veranstaltungsortes per Handzettel über die Durchführung der Veranstaltung (Ort, Zeit, Ablauf und Art der Veranstaltung) zu informieren. Den Anwohnern/Anliegern ist die Telefonnummer der Polizei (03641-810), der Leitstelle der Feuerwehr (03641-4040) und der des Veranstaltungsleiters für Beschwerden zu benennen. Der genannte Veranstaltungsleiter muss während der gesamten Zeit der Veranstaltung telefonisch erreichbar sein.
- Während der Veranstaltung und nach Veranstaltungsende sind ausreichend und wirksam Ordnungskräfte durch den Veranstalter einzusetzen, welche auf das Verhalten der Besucher Einfluss zu nehmen haben, so dass im Umfeld der Veranstaltung keine Störwirkung durch verhaltensbezogenen Lärm von den Besuchern ausgeht.

2. Ordnungsrecht und Gefahrenabwehr

- Mitarbeitende der Ordnungsbehörde (Polizei, Fachdienst Kommunale Ordnung oder Feuerwehr) sind im Falle des Vorliegens von Gefahren für die öffentliche Sicherheit und Ordnung berechtigt, die Veranstaltung für beendet zu erklären und dies auch durchzusetzen.
- Die Anfahrtswege und Aufstellflächen für Einsatzfahrzeuge von Feuerwehr, Polizei und Rettungsdienst sind freizuhalten.

Die sofortige Vollziehung der vorstehenden Auflagen wird angeordnet.

Gründe:

Am 09.05.2023 wurde für den 03.06.2023 eine öffentliche Veranstaltung mit dem Thema „Öffentliche Vereinsveranstaltung mit Straßenkonzert“ angezeigt.

Die Stadtverwaltung Jena ist nach § 4 Abs. 1 und Abs. 3 Thüringer Gesetzes über die Aufgaben und Befugnisse der Ordnungsbehörden (Ordnungsbehördengesetz -OBG-) in der derzeit gültigen Fassung der Bekanntmachung örtlich und sachlich zuständig. Gemäß § 42 Abs. 5 OBG kann die Stadtverwaltung Jena Anordnungen zur Gefahrenabwehr bei einer öffentlichen Veranstaltung treffen.

Die Auflagen unter Ziffer 1 sind aus Sicht der Unteren Immissionsschutzbehörde entsprechend § 22 Bundes-Immissionsschutzgesetz (BimSchG) in der derzeit gültigen Fassung der Bekanntmachung bzw. ordnungsbehördlichen Verordnung der Stadt Jena erforderlich. Es ergibt sich zwangsläufig eine starke und bis zu einer bestimmten Grenze zumutbaren Belästigung der Anwohner durch Lärm, verursacht durch laute Musik. Es handelt sich hierbei um eine gebundene Entscheidung, nicht um eine Ermessensfrage.

Bei den erlassenen Auflagen wurden folgende Gesichtspunkte geprüft und berücksichtigt:

- a) das Freizeitbedürfnis der Besucher und das Ruhebedürfnis der betroffenen Anwohner
- b) die Häufigkeit entsprechender Veranstaltungen



- c) die zu erwartende Lärmimmission und die einzuhaltenden Grenzwerte
- d) die Dauer der und zu welchen Zeiten diese stattfindet (tags, nachts)
- e) die Bedeutung der Veranstaltung für die Allgemeinheit (örtliche, regionale, überregionale Bedeutung)
- f) der Gebietscharakter des Veranstaltungsortes (reines Wohngebiet, allgemeines Wohngebiet, Mischgebiet, Gewerbegebiet usw.)

In Abwägung dieser Kriterien und der von Ihnen angezeigten Veranstaltung waren die Auflagen, die im Zusammenhang mit den dadurch entstehenden Immissionen stehen, zu erlassen.

Bei den Auflagen unter Ziffer 2 handelt es sich um allgemein gültige ordnungs- bzw. gefahrenabwehrrechtliche Auflagen aus den entsprechenden Gesetzen und Verordnungen die der allgemeinen Gefahrenabwehr dienen (Thüringer Ordnungsbehördengesetz -ThürOBG-, Ordnungswidrigkeitengesetz -OwiG-, Muster-Versammlungsstättenverordnung -MV-StättVO-, Straßenverkehrsordnung -StVO-, Ordnungsbehördliche Verordnung der Stadt Jena etc.).

Die Anordnung der sofortigen Vollziehung stützt sich auf § 80 Abs. 2 Nr. 4 Verwaltungsgerichtsordnung (VwGO) in der derzeit gültigen Fassung der Bekanntmachung. Es ist zu befürchten, dass die Veranstaltung, ohne dass sie mit Auflagen bedacht wird, zur Gefährdung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung wird. Die Auflagen liefen ins Leere, würden sie mit einem Widerspruch angefochten werden, welcher deren Aufschiebbarkeit zur Folge hätte. Dann würde die Veranstaltung durchgeführt werden können, ohne dass auf die Rechtsgüter der öffentlichen Sicherheit und Ordnung durch Erfüllung der Auflagen Rücksicht genommen werden müsste.

HINWEIS:

Zuwiderhandlungen gegen die erlassenen Auflagen nach § 42 Abs. 5 OBG sind als Ordnungswidrigkeit mit Geldbuße bis zu 5.000 EUR bedroht. Ordnungswidrig handelt, wer vorsätzlich oder fahrlässig als Veranstalter einer Vergnügung im Sinne des § 42 OBG die mit der Erlaubnis verbundenen vollziehbaren Auflagen nicht erfüllt. Sollte gegen eine der vollziehbaren Auflage zuwidergehandelt werden, so wird hiermit dem Veranstalter angezeigt, dass ein Ordnungswidrigkeitenverfahren eingeleitet werden wird.

Rechtsbehelfsbelehrung:

Gegen diesen Bescheid kann binnen eines Monats nach Bekanntgabe Widerspruch erhoben werden. Der Widerspruch ist schriftlich oder zur Niederschrift bei der Stadt Jena, Am Anger 15, 07743 Jena oder bei der Stadt Jena, Fachdienst Kommunale Ordnung, Am Anger 28, 07743 Jena, einzulegen. Die Schriftform kann durch die elektronische Form ersetzt werden. In diesem Fall ist der Widerspruch durch Übermittlung eines elektronischen Dokuments mit qualifizierter elektronischer Signatur an die im Briefkopf genannte E-Mail-Adresse oder an das besondere elektronische Behördenpostfach (beBPO) der Stadt Jena zu senden.

Petra Günzel
Teamleiterin Kommunale Sicherheit